

China auf dem Westbalkan: ein neuer geopolitischer Akteur und sein Einfluss auf die Demokratisierungsprozesse

Dzihic, Vedran; Eder, Thomas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dzihic, V., & Eder, T. (2022). *China auf dem Westbalkan: ein neuer geopolitischer Akteur und sein Einfluss auf die Demokratisierungsprozesse*. (Working Paper / Österreichisches Institut für Internationale Politik, 112). Wien: Österreichisches Institut für Internationale Politik (oiip). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-80333-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Österreichisches Institut für Internationale Politik
Austrian Institute for International Affairs

China auf dem Westbalkan – Ein neuer geopolitischer Akteur und sein Einfluss auf die Demokratisierungsprozesse

Vedran Dzihic & Thomas Eder

Arbeitspapier ist entstanden in Kooperation mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung, der Austrian Marshall Plan Foundation und der U.S. Embassy in Austria.

Keywords: China, Westbalkan, Ukraine-Krieg, Systemkonkurrenz, Demokratie, Autokratie

Dr. Vedran Dzihic ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am oiip und lehrt am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Zu seinen thematischen Schwerpunkten gehören Südosteuropa, EU-Erweiterung, Demokratie- und Autoritarismusforschung und Nationalismus.

Dr. Thomas Eder ist Affiliated Researcher am Österreichischen Institut für Internationale Politik (oiip) und Gastforscher an der Universität Wien (Sinologie). Er war Principal Researcher bei einem Projekt der Europäischen Kommission (DG ENER) zu EU-China Energiebeziehungen. Er hat ein Doktorat (Abteilung für Internationales Recht und Internationale Beziehungen) und einen MA (Sinologie) an der Universität Wien, sowie einen LL.M. (Chinesisches Recht) an der Universität Hongkong erworben.

Impressum:

Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiip,
1090 Wien, Währinger Straße 3/12, www.oiip.ac.at, info@oiip.ac.at

Copyright © 2022

Executive Summary

Der Trend zur Autokratisierung von Gesellschaften und Staaten weltweit hat sich in den letzten Jahren vertieft. Der Krieg in der Ukraine verändert noch einmal grundlegend die Koordinaten der Gegenwart. Wir erleben eine neue Zäsur, die auch eine neue Teilung der Welt zwischen Demokratien auf der einen und Autokratien und Diktaturen auf der anderen Seite mit sich bringt. Die sich abzeichnende verstärkte geostrategische und geopolitische Konkurrenz geht am Westbalkan nicht spurlos vorüber. Die sogenannten „Third State Actors“ wie China, Russland aber auch die Türkei oder arabische Staaten haben die Region des Westbalkans im letzten Jahrzehnt in einen geopolitischen Marktplatz verwandelt. Die globalen Konkurrenzverhältnisse spiegeln sich am Westbalkan wider. Vor diesem Hintergrund geht das vorliegende Arbeitspapier der Frage nach, welche Rolle China am Westbalkan bislang gespielt hat, welchen Charakter das chinesische Engagement aufweist und wie dieses die Staaten und die demokratischen Verhältnisse in der Region beeinflusst.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung – neue Koordinaten der Welt nach dem Ukraine-Krieg und die Rolle Chinas	5
2. Status quo – Hürden und Rückschritte bei der Demokratisierung des Westbalkans	7
3. Rückblick – Chinas wirtschaftlicher und politischer Aufstieg am Westbalkan.....	8
4. Ausrichtung und Zielsetzung des chinesischen Engagements am Westbalkan – innerchinesischer Diskurs	10
5. Interaktion – Chinas Engagement am Westbalkan und (indirekter) Einfluss auf Demokratisierungsprozesse	12
5.1. Serbien – China als Modell, neue autokratische Rückschritte und erschwerte EU-Erweiterung	12
5.2. Bosnien-Herzegowina – Kohlekraft unter EU-Standards und finanzielle Stärkung der Republika Srpska	15
5.3. Montenegro – Enorme Kredite, Zahlungsnotstand und Abhängigkeiten	17
5.4. Nordmazedonien – Infrastruktur, Korruption und Vereinnahmung politischer Eliten	18
5.5. Albanien – Chinesische Investitionen in Infrastruktur und Energie, aber fortwährende transatlantische Bindung.....	20
5.6. Kosovo – Nicht-Anerkennung, spärliche Beziehungen und der erfolgreichste Akteur in der Demokratisierung der Region	22
6. Conclusio – Neue Systemkonkurrenz nach dem Ukraine-Krieg und ihre Auswirkungen am Westbalkan.....	23
7. Literaturverzeichnis.....	26

1. Einleitung – neue Koordinaten der Welt nach dem Ukraine-Krieg und die Rolle Chinas

Der Trend zur Autokratisierung von Gesellschaften und Staaten weltweit hat sich in den letzten Jahren vertieft. Das angesehene „Variations of Democracy“-Institut sprach in seinem Bericht im Jahr 2021 von „Autocratization turning viral“ sowie von einer Entwicklung autoritärer Regierungen hin zu voll ausgeprägten Diktaturen. Im unlängst veröffentlichten Demokratiebericht für das Jahr 2022 spricht man darüber hinaus von einem „sich wandelnden Charakter der Autokratisierung“, womit man sich auf radikalere Schritte der Autokratisierung, destruktive Polarisierung und verbreitete Desinformationskampagnen bezieht. Auch verweist man darauf, dass global betrachtet die letzten 30 Jahre des demokratischen Fortschritts nach dem Ende des Kalten Krieges nun „ausgelöscht“ seien (V-Dem 2022). Auch in Europa finden wir mit Ungarn, Polen, Serbien, Slowenien oder der Türkei Staaten, die auf diesen Trend aufgesprungen sind oder ihn gar mitgeprägt haben. Nun verschärft sich dieser Gegensatz zwischen Demokratien und Autokratien durch den Krieg in der Ukraine neu.

Die Auseinandersetzung um globale Regimevorherrschaft erreichte noch vor dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine im Jahr 2021 einen vorläufigen Höhepunkt. US-Präsident Biden lud zu einem ersten „Gipfel für die Demokratie“, um den zunehmenden Einfluss großer Autokratien zurückzudrängen. Dort erklärte er im Dezember 2021 die Verteidigung demokratischer Rechte und Freiheiten zur „entscheidenden Herausforderung“ unserer Zeit. Für den Gipfel konnte er über 100 Staats- und Regierungschefs gewinnen. Auch in Zeiten klarer demokratischer Rückschritte weltweit gibt es somit dennoch weiterhin ein interessiertes Publikum, das der Einladung folgt; und es ist wohl gelungen ein lautes Alarmsignal für den Zustand der globalen Demokratie zu setzen (CSIS 2021; Reuters 2021a). Ein Jahr an umsetzenden Aktivitäten soll dem Gipfel folgen und die USA wollen fast eine halbe Milliarde Dollar für Demokratieförderung ausgeben (Reuters 2021a). Eine zentrale Politikinitiative ist die US-Anti-Korruptionsstrategie, die gegen Akteure innerhalb der USA vorgehen soll, die die globale Nutzung von „zerstörerischem Kapital“ (corrosive capital) durch Autokratien erleichtern (CSIS 2021). Ein weiterer Gipfel soll Ende 2022 stattfinden. Es wird sich zeigen wie viele andere Staaten bis dahin ebenfalls konkrete Politik- und Finanzierungszusagen machen und wie die Umsetzung aussehen wird.

Russland und China kritisierten den Gipfel scharf. Beijing warf den USA vor, Demokratie als Werkzeug für geopolitische Ziele und zur Unterdrückung anderer Staaten zu verwenden (Reuters 2021a). Durch die sich abzeichnende Möglichkeit einer engeren Abstimmung und Koordination der westlichen Demokratien offensichtlich herausgefordert, veröffentlichten der chinesische und russische Botschafter in den USA einen gemeinsamen Kommentar, in dem sie argumentierten, dass „Demokratie“ in ihren

Staaten eben eine andere Form als im Westen annimmt (Antonov und Qin 2021). Noch kurz vor dem Gipfel veröffentlichte die chinesische Regierung auf einer Gegenveranstaltung namens „Internationales Forum zur Demokratie“ (Cui 2021) außerdem ein neues Weißbuch mit dem Titel „China: Demokratie die funktioniert“ (State Council 2021). Chinas System wird darin als „Volksdemokratie im Gesamtprozess“ bezeichnet. Es gebe unterschiedliche Formen der Demokratie, es könne nicht einen einzigen Maßstab geben, und nur das eigene Volk könne entscheiden, ob ein Staat demokratisch sei, niemand von außen (State Council 2021). Zugleich betont man, dass die Entwicklung eine höhere Priorität als die Demokratie habe (State Council 2021).

Wenn sich Beijing auch noch so müht, den Begriff Demokratie umzuinterpretieren und neu zu besetzen, bleibt China natürlich ein kommunistisches autoritäres System, geführt von einer straffen leninistischen Partei, in der die Macht immer zentralisierter auf den Generalsekretär Xi Jinping zuläuft. Dass China nun vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Erfolge sein politisches System offensiv nach außen hin als vorbildlich anpreist, bedeutet eine neue und schwerwiegende Herausforderung für die demokratische Welt – auch wenn Beijing behauptet sein Modell niemals exportieren zu wollen (State Council 2021).

All diese Fragen und Dilemmata stellen sich nun vor dem Hintergrund des Russland-Ukraine-Krieges neu dar. Der Krieg hat die Koordinaten der Gegenwart verändert und die Gewissheiten der Zeit nach 1989 erschüttert. Das geflügelte Wort vom „Ende der Geschichte“ hat sich in sein Gegenteil verkehrt – die Geschichte Europas und der Welt wird in diesen Tagen und Wochen im Frühjahr 2022 neu geschrieben. Es ist offensichtlich, dass diese neue Zäsur auch eine neue Teilung der Welt mit sich bringt. Auf der einen Seite steht der nun wiederauferstandene Westen, in dem die Freiheit und Demokratie den Wertekern bilden. Auf der anderen Seite sehen wir gerade am Beispiel Russlands, wie ein voll in die globalen wirtschaftlichen Zusammenhänge integrierter Staat sich in eine Diktatur mit totalitären Zügen verwandeln kann.

Die sich abzeichnende verstärkte geostrategische und geopolitische Konkurrenz wird am Westbalkan nicht spurlos vorübergehen. Die sogenannten „Third State Actors“ wie China, Russland aber auch die Türkei oder arabische Staaten haben die Region des Westbalkans im letzten Jahrzehnt in einen geopolitischen Marktplatz verwandelt. (Petritsch/Freund 2018, Akbulut/Dzihic/Günay 2018) Die globalen Konkurrenzverhältnisse spiegeln sich am Westbalkan wider. Vor diesem Hintergrund geht das vorliegende Arbeitspapier der Frage nach, welche Rolle China am Westbalkan bislang gespielt hat, welchen Charakter das chinesische Engagement aufweist und wie dieses die Staaten und die demokratischen Verhältnisse in der Region beeinflusst.

2. Status quo – Hürden und Rückschritte bei der Demokratisierung des Westbalkans

Die Region des Westbalkans befindet sich in etwa seit der Weltfinanzkrise in einem Trend, der von der Schwächung der liberalen Demokratien und einer De-Demokratisierung in einigen Staaten der Region gekennzeichnet ist. Während in den Jahren ab 2000 das Europäisierungs- und Demokratisierungsparadigma sehr stark war und von kaum einer politischen Kraft in der Region in Frage gestellt wurde, hat sich dies vor allem in den 2010er Jahren deutlich verändert. Die dominante normative und politische Kraft der EU und des Westens wurde im Zuge eines stagnierenden EU-Erweiterungsprozesses immer stärker in Frage gestellt, sowie auch der innere demokratische Konsens, während regionale Politiker:innen sich zunehmend einer autoritären und klientelistischen Art des Regierens zuwandten.

In einer Ende 2020 veröffentlichten Studie von Agon Maliqi wurde die These aufgestellt, dass sich in der gesamten Region des Westbalkans ein „illiberales Gleichgewicht“ („illiberal equilibrium“) eingestellt hat. Das neue „illiberale Gleichgewicht“, das sich durch die Corona-Krise noch verfestigt hat, setzt sich – wie Agon Maliqi und seine Ko-Autoren ausführen – aus einer ganzen Reihe von Faktoren und Phänomenen zusammen, die von einer autoritären Ausnutzung der Institutionen über „strategische Korruption“, eine Kultur der Informalität bis hin zur Erosion der bürgerlichen Freiheiten und der Kontrolle der Medien reichen (Maliqi 2020). Dieses „illiberale Gleichgewicht“ wird sicherlich auch dadurch verstärkt, dass autoritäre Großmächte wie Russland oder China mittlerweile zum festen Bestandteil der politischen und wirtschaftlichen Systeme in den Staaten des Westbalkans geworden sind.

Serbien als größter Staat der Region ist paradigmatisch für die Entstehung und Stabilisierung dieses „illiberalen Gleichgewichts.“ Dies wurde insbesondere während der Pandemie sichtbar. Eine kurze Skizze dazu: In der ersten Phase der Corona-Krise bestätigte der starke Mann Serbiens, Aleksandar Vučić, mit seinem Management der Corona-Krise und der begleitenden Rhetorik all jene kritischen Stimmen, die ihn und seine Herrschaft als autoritär bezeichnen. Dies wurde deutlich in der Wende Richtung China, vor allem aber in der Verhängung des Ausnahmezustandes, strengen Ausgangssperren und Verletzungen der Grund- und Menschenrechte unter dem Deckmantel der Pandemiebekämpfung. Als er sich dann mitten in der Pandemie für die Durchführung der Parlamentswahlen entschied, für die er die strengen Maßnahmen stark lockerte und in die er mit einem enormen medialen, öffentlichen, aber auch infrastrukturellen Vorteil ging, mutierten der Staat und seine Institutionen eindeutig zu einer demokratischen Fassade für eine autoritär regierende Partei und ihren unumstrittenen Anführer. Die

Wahl am 21. Juni 2020 wurde dadurch zu einer Farce, die die Serbische Fortschrittspartei (SNS) mit rund 62 Prozent für sich entscheiden konnte.

Kurz nach der Wahl, Anfang Juli 2020, brachen in Serbien die ersten Massenproteste in Zeiten von Covid-19 in Europa aus. Vučić selbst trat sie los, indem er angesichts der zu Beginn des Sommers stark steigenden Covid-19-Infektionszahlen – das war die zweite Covid-19-Welle in Serbien – neue Polizeisperren für Belgrad ankündigte. Bilder der Polizeigewalt gegen die Protestierenden gingen um die Welt; Vučić ließ Polizisten etwa Tränengas und Schlagstöcke einsetzen. Danach ließ sich Vučić monatelang Zeit mit der Regierungsbildung, um dann gleichzeitig mit der – verfassungsmäßig problematischen – Verkündung der neuen Regierung durch ihn selbst als Präsidenten der Republik, der Öffentlichkeit zu kommunizieren, dass die neue Regierung nur bis zum Frühjahr 2022 im Amt sein wird bzw. dass dann neu gewählt werden wird. Die Wahlen fanden am 3. April 2022 statt.

Wenn man den Blick auf die gesamte Region ausweitet und die Ergebnisse der globalen Vergleichsstudien zur Demokratieentwicklung und -qualität betrachtet, zeigt sich ein durchaus differenziertes Bild. Serbien gehört zusammen mit Staaten wie Ungarn, Indien, Brasilien oder der Türkei weltweit zu den sich am stärksten autokratisierenden Staaten. Im Democracy Report 2022 von V-Dem liegt Serbien damit an der Stelle 111, mit allen Indikatoren, die auf eine sich weiter verschlechternde Demokratiebilanz hinweisen. Die anderen Staaten des Westbalkans wie Albanien, Montenegro und Nord Mazedonien liegen eng beisammen im Mittelfeld zwischen den Plätzen 82 und 86. Bosnien und Herzegowina liegt an der Stelle 94, was dem komplexen politischen System, der ständigen politischen Krise und der weitgehenden Kontrolle des politischen Raumes durch die ethno-nationalen Parteien geschuldet ist – dies vor allem auch in der Republika Srpska unter der Kontrolle von Milorad Dodik. Im Democracy Report 2022 liegt der Kosovo am besten platziert an der Stelle 79, mit einer seit dem demokratischen Regierungswechsel im Jahr 2021 durchaus positiven Entwicklungstendenz.

3. Rückblick – Chinas wirtschaftlicher und politischer Aufstieg am Westbalkan

Im vergangenen Jahrzehnt ist China zum bedeutendsten „third state actor“ am Westbalkan – mit Ausnahme der EU – aufgestiegen (Shopov 2021). Von einem sehr niedrigen Level der Beziehungen ausgehend hat Beijing einen Ansatz in die Region gebracht, den es zuvor bei Entwicklungsländern in Afrika, Lateinamerika und Asien angewandt hatte (Shopov 2021; Zweers et al 2020). Auf der diplomatischen Seite wurde 2012 ein Forum gegründet, das die Staaten der Region mit China als dem dominanten externen Akteur zusammenbringt; der sogenannte 16+1 Mechanismus, der neben elf EU-Staaten auch

fünf der sechs Westbalkan-Staaten umfasst (China anerkennt den Kosovo nicht) ähnelt darin etwa dem „Forum on China-Africa Cooperation“ (FOCAC). Im wirtschaftlichen Bereich fokussierte sich China auf die Vergabe von staatlichen Krediten für große Infrastrukturprojekte, bei denen Bauaufträge automatisch an chinesische Unternehmen gingen, ähnlich wie in vielen Entwicklungsländern und oftmals mit gleichen chinesischen Unternehmen (Zweers et al 2020).

Somit legte China von 2012 bis 2022 seinen Schwerpunkt auf strategische infrastrukturelle und wirtschaftliche Interessen und verfolgte nicht eine explizite politische Agenda in Gegnerschaft zur EU und NATO. Hierin unterscheidet sich China etwa von Russland. Chinesische Investitionen, auch im Rahmen der 2013 ausgerufenen Belt and Road Initiative (BRI), wurden überall am Westbalkan willkommen geheißen. In Wahrheit kamen aber chinesische Finanzen zumeist in Form von Krediten. (Petritsch 2021) In Serbien etwa, das das wichtigste Ziel für chinesische Investitionen in der Region darstellt, stand China von 2010 bis 2018 für nur 3% der Direktinvestitionen – und 2018 für nur 0,5% der serbischen Exporte (Markovic Khaze und Wang 2021) und 5,5% des gesamten Außenhandels der Region (Zeneli 2020). Gleichzeitig wurde China als Kreditgeber zu einer wichtigen Finanzquelle für Infrastrukturprojekte. Vor allem in Montenegro übertraf man dabei die EU, aber auch in Serbien, Bosnien-Herzegowina und Nordmazedonien positionierte man sich stark (WIIW 2018). Im Kosovo sowie in Albanien gab es solche chinesischen Kredite und Bauaufträge nicht, in Albanien gab es dagegen tatsächlich private chinesische Investitionen wie etwa im Erdölsektor.

Gerade mit seiner Infrastrukturfinanzierung, die gänzlich ohne Reformbedingungen erfolgt, fordert China allerdings die EU auch normativ heraus. „Reformorientiertes Kapital“ aus der EU wird geschwächt. Auch werden die Bemühungen, mit einer strikten Konditionalitätspolitik der EU die Staaten des Westbalkans in Richtung EU zu bewegen, dadurch untergraben (Mardell 2021a; Mardell 2021b; Zweers et al 2020). Stattdessen bringt China am Westbalkan mit seiner Kreditvergabe ohne Transparenz, Rechenschaftspflicht und Reformvorgaben, noch dazu geknüpft an intransparente und direkte Projektvergabepraktiken, ein „zerstörerisches Kapital“ („corrosive capital“) in den Umlauf. Damit tritt es mit seinem Staatskapitalismus in Systemkonkurrenz zur EU – mit jedem großen Projekt werden Marktreformen unterminiert. Schrittweise entwickelt dadurch das staatsgelenkte Wirtschaftsmodell Ausstrahlungseffekte (Makocki 2017). Wo chinesisch-finanzierte Projekte erfolgreich sind, könnten schließlich sogar Elemente des politischen Systems Chinas als beispielhaft übernommen werden (Zweers et al 2020). Umfragen am Westbalkan zeigen in einigen Staaten wie Serbien jedenfalls steigende Zustimmung- und Sympathiewerte für China und zu staatlich gelenkter Wirtschaft sowie teils weniger Unterstützung für Demokratie und für die EU. (Doehler 2019).

Speziell mit Serbien hat China in den letzten Jahren immer engere politische Beziehungen geknüpft. Bereits im Kontext der Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad durch die NATO 1999 gab es eine engere Solidarisierung. Seither unterstützt China Serbien auch bei allen internationalen Aktivitäten, die im Zusammenhang mit dem Kosovo stehen (Zweers et al 2020). Die Beziehungen mit Serbien stehen im Mittelpunkt von Chinas Aktivitäten in der Region, sind breiter und tiefer; die größten Kredite und auch Direktinvestitionen gingen an Serbien und das Handelsvolumen ist ebenfalls das größte (Zweers et al 2020). Mit Serbien gibt es die engste Besuchsdiplomatie und auch im sicherheitspolitischen Bereich gab es chinesische Waffenlieferungen und gemeinsame Anti-Terror-Übungen (Jureković 2021). Zuletzt lieferten Mitte April und inmitten des Krieges in der Ukraine sechs chinesische Militärfrachter das neue chinesische HQ-22 Raketenabwehrsystem nach Serbien, was vom serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić bergüsst wurde. China ist hier auch Lieferant sensibler Technologien, etwa zur Gesichtserkennung wie von Huawei (Zweers et al 2020). Gerade in der Corona-Krise hat sich China vor allem in Serbien mit seiner Masken- und Impfdiplomatie klar als systemische Alternative zum Westen und als ein potenziell attraktiveres und erfolgreicherer Vorbild präsentiert. Im Gegenzug hat man auch tatsächlich die demonstrative Hinwendung des serbischen Präsidenten Vučić erreicht (Jureković 2021), der die „China-Karte“ gegenüber Brüssel und dem Westen gerne immer wieder spielt, gerade auch in der Pandemie (RFI 2021) und nun verstärkt auch angesichts des Krieges in der Ukraine.

China hat also bilateral und regional mit Plattformen wie der 16+1 tatsächlich auch politischen Einfluss aufgebaut. Dennoch bleibt die grundsätzliche außenpolitische Ausrichtung der Westbalkan-Staaten Richtung Westen und einem EU-Beitritt bestehen (Markovic Khaze und Wang 2021). Die chinesische Führung strebt offensichtlich einen enger gefassten Einfluss am Westbalkan mit Blick auf ihre Kerninteressen an. Zum Beispiel konnte man sich ein vorteilhaftes Abstimmungsverhalten vor allem Serbiens in multilateralen Foren wie den Vereinten Nationen sichern, etwa in Bezug auf mögliche Kritik des Westens an Chinas Menschenrechtspraxis (Hartwell und Vladislavljev 2020; Shopov 2021).

4. Ausrichtung und Zielsetzung des chinesischen Engagements am Westbalkan – innerchinesischer Diskurs

Im Einklang mit Chinas beschriebenem Weg am Westbalkan betonen auch chinesische Autor:innen zunächst den Fokus auf wirtschaftliche Interessen. Dabei geht es zu einem großen Teil um Aspekte der Belt and Road Initiative (BRI), die von Transport- und Energieinfrastrukturprojekten bis hin zu industrieller Kooperation, Telekommunikation und dem Bereich Digitales reichen (DRC 2020; Liu Zuokui 2019; Xiao Yang 2015; Yuan Haochang 2019). Laut Chinas Expert:innen ist ein erster Fokus die Akquise

von lokalen Aufträgen für chinesische Staatsunternehmen, deren Auftragsbücher gefüllt werden sollen, um die Wirtschaft Chinas zu fördern. Zweitens gehe es China aber auch darum, sich in den EU-Kandidaten-Staaten mit EU-Regelwerken und Standards vertraut zu machen – die Harmonisierung sei ja bereits im Gange – und durch erfolgreiche Projekte am Westbalkan für den EU-Markt Reputation zu gewinnen sowie die Anerkennung chinesischer technologischer Standards zu erreichen (Liu Zuokui 2019; Tian Xu 2018; Xiao Yang 2015). Was Chinas diplomatische Bemühungen angeht, so stellt der chinesische Diskurs auch den 16+1 Mechanismus in den Kontext der Förderung chinesischer Unternehmensinteressen (Liu Zuokui 2019).

Die innerchinesischen Debatten schließen allerdings sehr wohl auch Kommentare zu innen-politischen Fragen der Westbalkan-Staaten mit ein. Zunächst sind chinesische Autoren durchaus kritisch in Bezug auf das niedrige Niveau an Rechtsstaatlichkeit sowie das Ausmaß an Korruption in der Region (Zuo Ya 2016; Yuan Haochang 2019), ohne gleichzeitig die entsprechende Situation in China selbst zu thematisieren. Potenziell ihre Einstellung zur Demokratie andeutend erwähnen chinesische Experten auch, dass häufige Regierungswechsel als Risiko einzukalkulieren seien und dass politisch stabilere Staaten – man darf wohl an die Stabilität Serbiens unter Vučić denken – mehr Projekte mit chinesischer Beteiligung zu erwarten haben (Liu Zuokui 2020). Hierzu passend zeigt sich in den chinesischen Debatten auch die Sorge, dass manche Staaten der Region sich nicht mit dem chinesischen Entwicklungsmodell identifizieren würden und es überdies unfreundliche Stimmen in der öffentlichen Meinung gebe (Liu Zuokui 2020). Demnach wäre größerer Einfluss bzw. eine stärkere Anpassung der Partnerstaaten Chinas aus der Sicht Beijings nicht unerwünscht.

Dabei argumentieren chinesische Autor:innen, dass Chinas Aktivitäten dem EU-Beitritt der Westbalkan-Staaten zuträglich wären (Yuan Haochang 2019; Tian Xu 2018). Bedeutender Kontext hier ist die explizite Befürwortung der EU-Erweiterung durch die offizielle chinesische Politik. Laut chinesischem Diskurs sind die sehr wohl thematisierten Sorgen der EU wegen konkurrierendem chinesischem Einfluss lediglich die Folge fehlenden Vertrauens, das noch aufgebaut werden könne (Liu Zuokui 2019). China jedenfalls sei lediglich ein weiterer Investor und halte sich an lokale Vorschriften, die außerdem bereits weitgehend mit jenen der EU im Einklang seien, so das chinesische Narrativ (Tian Xu 2018; Liu Zuokui 2019).

5. Interaktion – Chinas Engagement am Westbalkan und (indirekter) Einfluss auf Demokratisierungsprozesse

Wie von Nathan (2015) herausgearbeitet haben Chinas Politiken klare Konsequenzen für das Schicksal der Demokratie, selbst wenn es sein autoritäres Modell nicht mit missionarischem Impuls verbreitet. Unter anderem ermuntert China autoritäre Regime durch sein Beispiel. Außerdem versucht es international Prestige zu gewinnen, in dem es autoritäre Werte verbreitet und mitunter autoritären Regimen hilft, sich an der Macht zu halten. Das vorliegende Arbeitspapier argumentiert auch, dass China durch intransparente Kreditvergaben sowie öffentliche Vergabeprozesse bzw. durch die Strahlkraft seines staatsgelenkten Modells in Systemkonkurrenz mit dem Westen tritt und das liberal-demokratische Modell herausfordert. Aktuelle Umfragen zeigen mitunter (Ipsos 2021), dass positive Werte für China mit geringerer Wertschätzung der Demokratie sowie kritischeren Einstellungen zur EU korrelieren. Außerdem zeigt sich im Kontext eines größeren Vertrauens zu China auch eine skeptischere Haltung gegenüber Medien, Wissenschaft und Unternehmen in liberal-demokratischen Staaten.

Im Folgenden wird ein Überblick über das chinesische Engagement in einzelnen Staaten der Region gegeben sowie die Frage gestellt, wo und in welchen Bereichen China in politische und ideologische Systemkonkurrenz zur Demokratie und Marktwirtschaft nach dem westlichen Vorbild tritt.

5.1. Serbien – China als Modell, neue autokratische Rückschritte und erschwerte EU-Erweiterung

Im Zuge der Pandemie hat sich Serbien demonstrativ China zugewandt, welches in einer grundlegenden geopolitischen Verschiebung zum direkten Konkurrenten der EU um politischen Einfluss geworden ist. In recht pathetisch anmutenden Reden – etwa beim Empfang der ersten Medizingüter-Lieferungen am Belgrader Flughafen im März 2020 – erklärte der serbische Präsident Vučić, dass nur China Serbien helfen könne und China für Serbien ein „eiserner Freund“ und Bruder sei (Blic.rs 2020, Kurir.rs 2020). Die EU und die Mitgliedstaaten zahlten dafür, dass sie zu Anfang der Pandemie überfordert waren, China hingegen schnell medizinische Schutzausrüstung und Geräte nach Serbien schickte sowie später auch bei den ersten Impfstofflieferungen der EU zuvorkam. Das mehrere Milliarden schwere EU-COVID-Hilfspaket für den Westbalkan im April 2020 konnte die einseitige Rhetorik nicht beenden (Jureković 2021). Durch seine Strahlkraft als autoritäres Role Model tritt China nun auch in Systemkonkurrenz zu den bisherigen liberal-demokratischen Vorbildern der Region. So hat die serbische Führung

China bereits insgesamt betrachtet als „erfolgreiches Modell“ bezeichnet, während gleichzeitig die europäische Idee politisch schwächer wird und autoritäres Denken durch den neuen Einfluss undemokratischer Staaten erstarkt (Jureković 2021).

Eine neue Umfrage am Westbalkan für den „European Fund for the Balkans“ und die „Balkans in Europe Policy Advisory Group“ (BiEPAG) zeigt, dass die serbische öffentliche Meinung sich in dieser Systemkonkurrenz zunehmend gegen den liberal-demokratischen Westen positioniert (Ipsos 2021), sei es durch die Anziehungskraft und Propaganda Chinas oder beeinflusst durch die Aussagen von Regierung und Staatsmedien in Belgrad. Allein in der Region sehen die serbischen Umfrageteilnehmer:innen fast zu gleichen Teilen Demokratie oder Autokratie als besonders erfolgreich im Kampf gegen die Pandemie. Entgegen den tatsächlichen Zahlen (Jureković 2021) ist eine Mehrheit der serbischen Bevölkerung überzeugt, dass China Serbien generell finanziell am meisten unterstütze und vor allem in der Pandemie am meisten geholfen habe. Vor diesem Hintergrund zeichnet sich ein großer Vertrauensvorsprung für China ab, dessen politisch-wirtschaftlich-militärisch-kultureller Einfluss deutlich positiver gesehen wird als jener der EU. Außerdem macht man den Westen für die Rivalität mit China verantwortlich und sieht den Westen als den Verbreiter von Desinformationen in der Pandemie. So verwundert es nicht, dass in Serbien der geringste Anteil der Befragten einem EU-Beitritt Priorität beimisst und die knappste Mehrheit im Vergleich zu anderen Staaten am Westbalkan sich überhaupt für einen Beitritt ausspricht.

Umfragen für das „Belgrade Centre for Security Policy“ (2020) zeigen weiter, dass die Bewertung von Chinas Rolle in Serbien als positiv von 2017 bis 2020 von 53% auf 87% stark angestiegen ist. Deutlich mehr Befragte sehen China und nicht die EU als „besten Freund“ des Landes (nur hinter Russland), und 57% wollen die Außenpolitik mit China abstimmen. Sowohl mit Blick auf die potenzielle Attraktivität des chinesischen Systems als auch auf einen zukünftigen EU-Beitritt ist dieser Trend für Brüssel durchaus problematisch. Dies ist vor dem Hintergrund der notwendigen Abstimmung der serbischen Außenpolitik mit der EU, die als Teil des Beitrittsprozesses gilt, von großer Bedeutung. Serbien steckt derzeit wegen der weiterhin kritischen Haltung in Bezug auf die Einführung der Sanktionen gegen Russland in weitaus größeren Schwierigkeiten. Aber auch in der Beziehung zu China und hinsichtlich der Abstimmung mit der EU in diesem Bereich zeigt sich eine geringe Bereitschaft Serbien, China „härter“ anzupacken. So lässt Serbien in internationalen Organisationen keinerlei Kritik an China zu, weder zu den massiven Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang noch zu verletztem Völkerrecht bezüglich Hong Kong (Jureković 2021).

Die Hinwendung zu China vollzieht sich parallel zu einer zunehmend autoritären Regierungsführung in Belgrad (EPRS 2019, V-Dem 2021 und V-Dem 2022). Die Medien des Landes wurden zum Großteil unter

die Kontrolle des Staates oder von Personen mit Naheverhältnis zur Serbischen Fortschrittspartei (SNS) des Präsidenten Vučić gebracht, unabhängige Journalist:innen eingeschüchtert und kritische Zivilgesellschaft teilweise in den Kontext des Staatsverrats gestellt. Substanzielle Diskussionen mit der Opposition im Parlament werden verhindert und Oppositionspolitiker:innen sogar auf offener Straße gewalttätig angegriffen. Immer engere Beziehungen der SNS mit der Kommunistischen Partei Chinas – die Kooperation begann mit der Begründung der serbisch-chinesischen strategischen Partnerschaft 2009 (Shopov 2021) – könnten die klaren anti-demokratischen Tendenzen noch verstärken (Zweers et al 2020). Zusätzlich versprechen die verstärkten Verbindungen zwischen den staatlichen Nachrichtenagenturen, Tanjug und Xinhua, einer positiven Darstellung der Autokratie weiter Auftrieb zu geben (Tonchev 2020).

Hinter dem neuen Naheverhältnis mit China stehen klar die schnell wachsenden Wirtschaftsbeziehungen, auch wenn sie im Vergleich mit der EU auf einem niedrigen Niveau stattfinden. Im letzten Jahrzehnt wuchs China zum zweitgrößten einzelstaatlichen Importpartner Serbiens, während die (obwohl schnell wachsenden) Exporte sehr gering bleiben und auf Kupfer und Agrarprodukte fokussiert sind (Jureković 2021). Im Kontext der Belt and Road Initiative vergab China regional die größten Kredite an Serbien, etwa 3,5 Milliarden USD, seine Unternehmen investierten allerdings auch etwa eben soviel – sehr untypisch für die Region (Jureković 2021). Große Kredite der chinesischen Exim Bank flossen etwa für die Bahnstrecke Belgrad-Budapest, die Erweiterung des Kostolac Kohlekraftwerks und für Straßenbauprojekte wie zwischen Preljina und Pozega in Richtung Montenegro. Die wichtigsten Investitionen waren der Kauf des Smederevo Stahlwerks, vor allem wegen dem Erhalt tausender Arbeitsplätze, sowie des Kupfer-Unternehmens RTB Bor (ca. 1,3 Milliarden USD), und das fast eine Milliarde USD schwere Investment in eine neue Reifenfabrik in Zrenjanin.

Mit den neuen Finanzmitteln bringt China auch andere wirtschaftliche Praktiken, die demokratischen Ansprüchen ebenso wie dem Ziel eines möglichst schnellen EU-Beitritts eindeutig zuwiderlaufen. Entgegen serbischem Vergaberecht und entsprechenden rechtsstaatlichen Erwartungen gab es bei den großen Projekten mit chinesischer Kreditvergabe, wie etwa der Bahnstrecke nach Budapest, keine offenen Ausschreibungen sondern gingen die Aufträge direkt an chinesische Staatsunternehmen (Jureković 2021). Außerdem wurden die Verträge nicht transparent öffentlich gemacht, so dass sich das Wahlvolk selbst ein Bild machen könnte. Schließlich entspricht das Kostolac Kohlekraftwerk nicht modernen Umweltstandards, die auch von der EU erwartet würden (Jureković 2021). In diesem Sinne bringt China „corrosive capital“ (zerstörerisches Kapital) in den Umlauf, das die Reformbereitschaft in Serbien weiter zu schwächen droht und somit den Demokratisierungsprozess und den EU-Beitrittsprozess unterläuft.

Auch Serbiens Entscheidung für China und speziell Huawei als zentralen Partner für die Digitalisierung und Sicherheit des Landes könnte potentiell einen EU-Beitritt erschweren. Denn die Kombination aus kostengünstiger chinesischer Überwachungstechnologie (inklusive Gesichtserkennung) für sogenannte „safe cities“ in Belgrad, Novi Sad und Niš sowie unklaren Datenschutz-Standards könnte zur Einschränkung ziviler Freiheiten führen (Zweers et al 2020). Die chinesische Seite stellt dabei nicht nur die digitale Infrastruktur zur Verfügung sondern wird auch für den Schutz persönlicher Daten verantwortlich gemacht unter gleichzeitiger Anwendung chinesischer Sicherheitsstandards (Jureković 2021). Auch im Bereich Sicherheit hat Serbien im Rahmen umfangreicher Waffengeschäfte als erster europäischer Staat chinesische Drohnen erworben. Es werden gemeinsame Anti-Terror-Übungen der Polizei und gemeinsame Polizeipatrouillen in serbischen Touristenzentren durchgeführt (Jureković 2021). Zuletzt (April 2022) erfolgte wie bereits erwähnt die Lieferung des neuesten chinesischen Raketenabwehrsystems nach Serbien.

5.2. Bosnien und Herzegowina – Kohlekraft unter EU-Standards und finanzielle Stärkung der Republika Srpska

Trotz Chinas auch in Bosnien und Herzegowina aktiver Masken- und Medizingüterdiplomatie zu Anfang der Pandemie – auch subnationale Akteure wie die Stadt Schanghai sandten Sarajevo Hilfe (Shopov 2021) – zeigt die besagte BiEPAG-Umfrage (2021) in Bosnien ein gänzlich anderes Bild als in Serbien. Die klare Mehrheit der Befragten sehen Demokratie als für die Pandemiebekämpfung wichtig anstatt Autokratien für geeigneter zu halten (40% zu 19%). Die EU wird eindeutig als größter finanzieller Unterstützer und auch als größter Helfer in der Pandemie angesehen, was auch den realen Gegebenheiten entspricht. So liegt auch das Vertrauen der Gesamtbevölkerung mehrheitlich beim Westen, wenn auch mit deutlichen Unterschieden zwischen den beiden Entitäten in Bosnien und Herzegowina. Während die Trends in der serbisch-dominierten Republika Srpska jenen aus Serbien ähneln, ist die pro-westliche Grundhaltung in der Föderation von Bosnien und Herzegowina dominant. Diese Unterschiede sind übrigens auch bei den Einstellungen zu Russland sichtbar, was auch noch einmal am Beginn des Krieges in der Ukraine klar geworden ist, als sich in der Republika Srpska eine starke pro-russische Haltung gezeigt hat.

Der politisch-wirtschaftlich-militärisch-kulturelle Einfluss der EU wird deutlich positiver bewertet als jener Chinas. Während der Covid19-Pandemie vertraute man in Bosnien vor allem dem Impfstoff Pfi-zers und ordnet Desinformation in der Pandemie eher China als der EU zu. Die Befragten sind eindeutig für einen EU-Beitritt und werfen – als einzige in der Region – der eigenen Regierung vor, sich nicht

genug dafür einzusetzen (BiEPAG 2021). Im Einklang mit der öffentlichen Meinung war die Regierung Bosnien-Herzegowinas bisher bereit sich dem Westen auch bei Kritik an China anzuschließen, so etwa einer von Deutschland in der VN-Generalversammlung initiierten Erklärung zu Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang, Tibet und Hong Kong (DW 2020).

Die Umfrageergebnisse sind sicherlich im Kontext der komplizierten innenpolitischen Lage zu sehen und könnten für die beiden Landesteile, die Föderation Bosnien und Herzegowina und die Republika Srpska – getrennt betrachtet – sehr unterschiedlich ausfallen. Mit Blick auf die Republika Srpska sind in den letzten Jahren ebenfalls autoritäre Tendenzen festzustellen sowie ein aufflammender serbischer, separatistischer Nationalismus, angeführt vom Mitglied des Staatspräsidiums Milorad Dodik. Die Haltung Chinas hierzu ist zumindest infrage zu stellen, zumal etwa ein offizieller Vertreter der Botschaft Chinas in Bosnien und Herzegowina an den vom bosnischen Verfassungsgerichtshof für illegal erklärten und diskriminierenden Feierlichkeiten zum „Republika Srpska-Tag“ am 9. Januar 2022 teilnahm (Balkan Insight 2022). Paradeierende Polizeikräfte sangen serbisch-nationalistische Lieder, ähnlich wie auch tausende Bürger in verschiedenen Städten der kleineren bosnischen Entität, mitunter auch den Kriegsverbrecher Ratko Mladic verherrlichend (Balkan Insight 2021). Kurz zuvor hatten die USA Sanktionen gegen den anwesenden Milorad Dodik wegen Korruption sowie der Untergrabung der Souveränität und territorialen Integrität Bosniens verhängt (Politico 2021).

Hinsichtlich der wachsenden wirtschaftlichen Beziehungen Bosniens mit China zeigt sich eine gewisse Bevorzugung der Republika Srpska, wodurch Beijing die dortigen anti-demokratischen und separatistischen Kräfte stärken und Kompromisse und eine Lösung der Verfassungskrise sowie einen EU-Beitritt unwahrscheinlicher machen könnte (Makocki 2017, Mardell 2021a). Der seit Mitte April auch von Großbritannien sanktionierte Dodik kann zwar nicht auf chinesische Direktinvestitionen aber auf Kredite chinesischer Staatsbanken – oft im Ausmaß mehrerer hundert Millionen USD – für Infrastrukturprojekte im Kontext der Belt and Road Initiative bauen. Dabei geht es vor allem um Kohlekraftwerke wie das bereits abgeschlossene Projekt in Stanari oder die geplanten in Ugljevik und Gacko sowie um die Autobahnen rund um Banja Luka sowie zwischen der Republika Srpska und Serbien.

Mit Blick auf einen möglichen EU-Beitritt des Landes sind die chinesisch-finanzierten Kohlekraftwerke zweifach problematisch aufgefallen, und zwar nicht nur durch die bereits standardmäßigen intransparenten und direkten Auftragsvergabe. Erstens weichen die Projekte mitunter von EU-Umweltstandards ab und könnten den Beitrittsprozess dahingehend verkomplizieren (Mardell 2021a). Zweitens gibt es auch den Verdacht der Inanspruchnahme von unrechtmäßigen Staatshilfen. Bosnien und Herzegowina

ist Teil der Energy Community, einer internationalen Organisation, die die EU und einige Nachbarstaaten umfasst, den EU-Binnenmarkt im Bereich Energie ausdehnt und die Mitglieder verpflichtet, die Regeln des EU-Energie-Acquis umzusetzen. Nun hat die Energy Community zum in der Föderation Bosnien und Herzegowina gelegenen Tuzla 7 Kohlekraftwerk festgestellt, dass die bosnische staatliche Garantie für den Kredit bei Chinas Exim-Bank die Regeln für Staatshilfen verletzt – die Garantie hatte 100% des Kredits, sowie Zinsen und verbundene Kosten umfasst (Zweers et al 2020). Auch hier wird die regulatorische Heranführung Bosnien und Herzegowinas an die EU und damit der Beitrittsprozess unterlaufen, so dass man auch im bosnischen Fall von „corrosive capital“ sprechen kann.

5.3. Montenegro – Enorme Kredite, Zahlungsnotstand und Abhängigkeiten

Zu Beginn der Pandemie spendete Chinas Ministerium für Ökologie und Umwelt 5.000 Masken an Montenegro, das auch zwei Tonnen Medizingüter von China kaufte (Vuksanovic 2020). Auch gespendete Sinopharm-Impfstoffe erreichten 2021 als eines der ersten Länder Europas Montenegro (Xinhua 2021). Später zeigte sich bei der Bevölkerung ein gleich großes Vertrauen gegenüber westlichen und chinesischen Impfstoffen, Desinformation in der Pandemie lastet man beiden Seiten gleich an, und für den Konflikt zwischen China und dem Westen sei letzterer laut den Umfrageergebnissen stärker verantwortlich (BiEPAG 2021). Umgekehrt sah man 2021 in Montenegro Demokratie als für die Pandemiebekämpfung wichtiger und nicht eben autoritäre Entscheidungsstrukturen und -verfahren (37% zu 15%). Zugleich war die montenegrinische Bevölkerung während der Pandemie mehrheitlich der Meinung, dass die EU dem Land in der Pandemie am meisten geholfen hat, was auch zu einer positiveren Bewertung des politisch-wirtschaftlich-militärisch-kulturellen Einfluss der EU und des Westens führte. Eine überwältigende Mehrheit ist für einen EU-Beitritt und man sieht die EU fast gleichauf als den (internen oder externen) Akteur, der am ehesten positive Veränderungen für das Land bringen kann (BiEPAG 2021).

Die innenpolitischen Entwicklungen der letzten Jahre sind hinsichtlich der Demokratisierung des Landes zweischneidig. Einerseits gab es 2020 zum ersten Mal seit über dreißig Jahren einen Wechsel zu einer Regierung, die nicht von der Demokratischen Partei der Sozialisten und damit Milo Đukanović dominiert wird. Andererseits ist die stärkste Kraft in der neuen und mittlerweile (Stand April 2022) in der Auflösung befindlichen Regierung eine Partei mit Nähe zu Serbien und der serbisch-orthodoxen Kirche, deren öffentliches Bekenntnis zu EU-Integration und Minderheitenschutz doch zu hinterfragen ist. Außerdem hatte die nach dem letzten Regierungswechsel in Amt befindliche Regierung einige wichtige Gesetze im Eilverfahren beschlossen, ohne davor öffentliche Anhörungen mit interessierten

Parteien abzuhalten. Montenegro wurde noch 2021 vom Freedom House als hybrides Regime (Marović 2021; FH 2021a) eingestuft. Es bleibt nun abzuwarten, wie sich die derzeitige Regierungskrise auflösen wird und mit welchen Mehrheiten Montenegro seinen EU-Weg fortsetzen wird können.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Montenegro und China werden von einem fast eine Milliarde USD schweren Kredit dominiert, den Chinas Exim Bank für die Bar-Boljare Autobahn ausgestellt hat. Den Bauauftrag bekam der staatliche Riese China Road and Bridge Corporation. Europäische Finanzinstitutionen hatten das Projekt abgelehnt (Reuters 2018). Doch China gab Montenegro die Möglichkeit und verleitete es dazu, für diese Autobahnstrecke einen Kredit im Ausmaß von etwa 20% seines BIP zu nehmen und damit das für die EU-Integration relevante Schuldenlimit von 80% des BIP zu überschreiten. China wurde somit zum größten bilateralen Kreditgeber und steht derzeit für über 40% der Auslandsschulden Montenegros (Shopov 2021). Fast die gesamte Dokumentation zum Projekt wurde von der Regierung für geheim erklärt, von der Finanzierung über die durchführenden Verwaltungsakte bis zur Aufsicht (Sošić 2021). Es wird jedenfalls berichtet, dass Montenegro bei einem Zahlungsausfall vertraglich verpflichtet sein könnte, Eigentum an strategisch wichtigen Grundstücken an China zu übertragen. Das entstehende Abhängigkeitsverhältnis könnte Chinas politischen Einfluss deutlich stärken (Shopov 2021) und potenziell Montenegros Außenpolitik – wie etwa das Abstimmungsverhalten in den Vereinten Nationen – beeinflussen.

Jedenfalls bringt China als Kreditgeber damit auch hier „corrosive capital“ in den Umlauf, ohne Transparenz, Rechenschaftspflicht und Marktorientierung. Es macht es leichter, Reformen und offene Ausschreibungen zu vermeiden sowie Interessengruppen zu bedienen, womit in letzter Instanz Korruption und undemokratische Praktiken verstärkt werden (Hála 2020, Morrell et al 2018, Zweers et al 2020). So erhielt eine angeblich der damaligen Regierungspartei nahestehende Baufirma einen Großteil der Aufträge an Subunternehmer im Wert von 240 Millionen EUR (Sošić 2021). Mit eben dieser Demokratischen Partei der Sozialisten Montenegros sucht die Kommunistische Partei Chinas bereits seit 2010 eine vertiefende Zusammenarbeit (Shopov 2021). Somit bleibt unabhängig vom Ausgang der derzeitigen Regierungskrise in Montenegro der Einfluss Chinas und seines konkurrierenden Systems von hoher Relevanz, nicht zuletzt auch hinsichtlich des weiteren EU-Wegs von Montenegro.

5.4. Nordmazedonien – Infrastruktur, Korruption und Vereinnahmung politischer Eliten

Der damalige Premier Zoran Zaev ließ sich im Mai 2021 öffentlich mit dem Sinopharm-Impfstoff impfen und hunderttausende Impfdosen aus China eröffneten die Impfkampagne in Nordmazedonien (China

Daily 2021). In Umfragen stufte die Bevölkerung im Herbst 2021 die Hilfen durch EU und China als gleichwertig mit europäischen und westlichen Hilfen ein, schrieb Desinformation in der Pandemie mehr dem Westen als China zu und lastete den Konflikt mit China mehr dem Westen an (BiEPAG 2021). Gleichzeitig setzte die mazedonische Bevölkerung bei der Frage des Umgangs und des Managements der Covid-Pandemie mehrheitlich auf demokratische und nicht autoritäre Verfahren- und Entscheidungsmechanismen (31% zu 14%), bewertete den politisch-wirtschaftlich-militärisch-kulturellen Einfluss der EU (eher knapp) positiver als den chinesischen (41% zu 30%) und vertraute mehr in der Frage der Impfstoffe mehr auf Pfizer als auf Sinopharm. Wie überall außer in Serbien ist auch hier eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung für den EU-Beitritt (BiEPAG 2021).

Generell ist in Nordmazedonien seit dem Regierungswechsel 2017 ein prodemokratischer Trend deutlicher geworden. Unter dem früheren Ministerpräsidenten Gruevski wurde das Land im Jahrzehnt davor stetig autoritärer, die Regierung suchte Gerichte und Medien zu kontrollieren, owie Wahlen durch Zuwendungen und Einschüchterungen zu manipulieren. Im World Press Freedom Index rutschte das Land in der Regierungsperiode von Gruevski von Rang 43 auf 111 ab (Ceka 2018). Die grassierende Korruption gipfelte 2015 im größten Skandal der neueren Geschichte des Landes. Tonaufnahmen belegten Diskussionen in der damaligen Regierungsspitze über die Höhe an Bestechungsgeldern, die man vom chinesischen Unternehmen Sinohydro, das auch tatsächlich den Zuschlag bekam, für einen Autobahn-Bauftrag verlangen könne. (Doehler 2019; Mardell 2021a). Gruevski wendete sich Russland zu, um sich an der Macht zu halten, musste aber schließlich einem Urnengang zustimmen, den die Opposition letztlich für sich entscheiden konnte (Ceka 2018). Seither strebt Nordmazedonien – auch mit der Annahme seines neuen Landesnamens „Nordmazedonien! im Prespa Abkommen 2018 – wieder ganz klar einen EU-Beitritt an, und wurde von Freedom House für seine Demokratisierungsbemühungen gewürdigt (FH 2021b).

Die Blockaden durch Frankreich zunächst und danach durch Bulgarien haben den Europäisierungsprozess verlangsamt und Skepsis in der Bevölkerung verstärkt. Nichtsdestotrotz steht Nordmazedonien in der veränderten geopolitischen Situation nach dem Russland-Ukraine-Krieg weiterhin als ein pro-europäisch sich orientierender Staat und Mitglied der NATO da, der nach der Aufhebung der Blockade der EU-Verhandlungen sicherlich zu den EU-Mitgliedsschaftsfrontruntern am Westbalkan zählen wird.

China ist bereits der viertwichtigste Warenhandelspartner Nordmazedoniens. Im Zentrum der wirtschaftlichen Beziehungen stehen zwei chinesisch-finanzierte Autobahnprojekte, und zwar Miladinovci-Shtip und Kicevo-Ohrid. Die chinesisch staatliche Exim-Bank gewährte jeweils Kredite in dreistelliger Millionenhöhe (EUR) – insgesamt etwa 14% der Staatsschulden – und der Staatskonzern Sinohydro

erhielt direkt den Bauauftrag (Zweers et al 2020). Nur die erste Strecke wurde bereits fertig gestellt, obwohl beide 2018 hätten abgeschlossen werden sollen. Auch hier hatten westliche Finanzinstitutionen die Projekte zuvor für nicht finanziell tragfähig befunden. Die Regierung erließ ein spezielles Gesetz, um die Umgehung der Gesetzgebung zum öffentlichen Beschaffungswesen zu legitimieren. Sie beauftragte mit Sinohydro ein Unternehmen, das bereits von der Weltbank und der Afrikanischen Entwicklungsbank auf schwarze Listen gesetzt worden war (Krstinovska 2019). Eine spätere Untersuchung warf dem damaligen Ministerpräsidenten und weiteren Spitzenpolitiker:innen Amtsmissbrauch und persönliche Bereicherung im Ausmaß von 155 Millionen EUR vor (Krstinovska 2019).

China als Kreditgeber erleichterte damit Korruption und eine unnötig hohe Belastung des Staatshaushalts. Für manche Budgetpunkte hatte Sinohydro Preise bis zu 300% über dem Marktwert angesetzt, und oft veranschlagte man das Mehrfache seiner Subunternehmer. Der fehlende Wettbewerb war wohl zusätzlich für die niedrige Qualität der Bauführung verantwortlich – etwa wurden geologisch ungeeignete Orte für Tunnel ausgewählt und keine Abfahrten entlang der ganzen Strecke Kicevo-Ohrid eingeplant (Krstinovska 2019). Lokale Korruption hat schon vorher bestanden, aber das chinesische System der Förderung von Staatsunternehmen und Vermeidung öffentlicher Ausschreibungen half es zu perpetuieren (Makocki und Nechev 2017). Somit fordert chinesisches Kapital auch hier wiederum die regionale Rechtsstaatlichkeit – und damit den EU-Beitrittsprozess – heraus.

5.5. Albanien – Chinesische Investitionen in Infrastruktur und Energie, aber fortwährende transatlantische Bindung

Albanien sicherte sich während der Covid19-Pandemie zuerst 500.000 Impfdosen von Pfizer/BionTech und erst danach bis zu einer Million Dosen des chinesischen Sinovac-Impfstoffs (Reuters 2021b). Das Vertrauen in der Bevölkerung in Pfizer war im Vergleich zum chinesischen Impfstoff deutlich größer (29% zu 1%). Die allermeisten Umfrageteilnehmer:innen dachten laut der Umfrage im Herbst 2021, dass die EU mehr Hilfe geleistet hatte als China (36% zu 5%). Auch die Desinformationskampagne in der Pandemie wurde klar China angelastet. Demokratisches Management der Pandemie statt autoritären Verfahren war der mazedonischen Bevölkerung wichtiger (46% zu 10%) (BiEPAG 2021). Als einziger Staat der Region schreibt Albanien eher China die Verantwortung für den Konflikt mit dem Westen zu – die meisten Befragten sehen aber beide gleich verantwortlich – und der politisch-wirtschaftlich-militärisch-kulturelle Einfluss der EU wird klar positiver bewertet als der Chinas (62% zu 20%). Bei Albanien sieht man die stärkste Priorisierung eines EU-Beitritts in den nationalen Prioritäten der Befragten, und man erwartet sich von der EU mehr positive Veränderungen als von jedem anderen Akteur (inkl. Stärkung der Demokratie) (BiEPAG 2021).

Auch die albanische Demokratie wird von Freedom House als „hybrides Regime“ bezeichnet, wobei 2021 vor allem brutales Vorgehen gegen Demonstrationen und abnehmende Pressefreiheit problematisiert wurden (FH 2021c). Die Regierung führte ohne Abstimmung mit der Opposition eine Wahlrechtsreform durch und wurde von der Venedig-Kommission und dem „Office for Democratic Institutions and Human Rights“ (ODIHR) der OSZE für diese Verfassungsänderung harsch kritisiert. Präsident Ilir Meta warf der Regierung von Edi Rama Angriffe auf die Verfassung, Verbindungen zu internationalem organisiertem Verbrechen und einen Putschversuch vor. Die Justizreform schreitet voran, aber Fälle gegen hochrangige Politiker:innen und Beamt:innen werden nicht weiterverfolgt (FH 2021c). Die Europäische Kommission entschied jedoch, dass sowohl Albanien als auch Nordmazedonien in ihren Reformen genug vorangeschritten seien, um Beitrittsverhandlungen aufnehmen zu können (Europäische Kommission 2020).

Entgegen den bisher beschriebenen Staaten hat Albanien keine chinesischen Kredite erhalten und es gibt keine großen Infrastrukturprojekte mit chinesischer Bautätigkeit (WIIW 2018). Im Warenhandel ist China drittichtigster Partner, allerdings weit abgeschlagen hinter der EU und mit einem enormen Handelsdefizit für Albanien. Der Fokus in den bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen liegt klar auf den Investitionen chinesischer Privatunternehmen. Dabei geht es vor allem um den Erwerb des kanadischen Bankers Petroleum – zeitweise größter Investor und Steuerzahler in Albanien – durch die chinesische Geo-Jade für über 400 Millionen USD, wodurch die Rechte an der Ausbeutung des riesigen Patos-Marinza Ölfelds an Geo-Jade übergangen (Geo-Jade 2017). Außerdem erwarb China Everbright die Konzession für den Flughafen Tirana, verkaufte sie nach vier Jahren aber wieder (CAPA 2021). Chinas Investitionen schufen Arbeitsplätze und wurden positiv wahrgenommen (Tonchev 2017). Generell heißt die albanische Elite Chinas steigende wirtschaftliche Präsenz willkommen und will mit chinesischem Kapital eigene Projekte verwirklichen (Musabelliu 2018). Einige Projekte, wie etwa chinesisches Interesse an den Häfen Durres und Vlore, verliefen sich indes im Sand (Shopov 2021).

Private Investitionen Chinas scheinen bisher keine klaren negativen Effekte für die demokratische Entwicklung sowie die euro-atlantische Integration Albaniens zu haben beziehungsweise zeigt sich kein neuer chinesischer Einfluss auf Albaniens Außenpolitik. So hält Albanien an seiner euro-atlantischen Bindung fest und stimmt weiterhin in internationalen Organisationen gegen China, etwa zu Xinjiang und Hongkong (Ajeti 2021). Überdies schloss Albanien Huawei vom 5G Ausbau aus, als Teil der US Clean Network Initiative (Markovic Khaze und Wang 2021).

5.6. Kosovo – Nicht-Anerkennung, spärliche Beziehungen und der erfolgreichste Akteur in der Demokratisierung der Region

Der von Beijing nicht anerkannte Kosovo erhielt keine chinesischen Impfdosen. Stattdessen wurde Ministerpräsident Kurti im März 2021 mit AstraZenecas Impfstoff geimpft, nachdem das Land über das COVAX Programm für Entwicklungs- und Schwellenländer 24.000 Dosen erhalten hatte (RFERL 2021). Das Vertrauen der Befragten lag deutlich bei Pfizer (58%) und nicht Sinopharm (1%), die überwältigende Mehrheit war auch der Meinung, dass die EU und nicht China am meisten Hilfe geleistet hat (72% zu 4%) und dass die Demokratie und nicht autoritäres Regieren für die Pandemiebekämpfung wichtiger ist (58% zu 8%) (BiEPAG 2021). Der Einfluss der EU in allen Bereichen wird klar positiver bewertet als der Chinas (57% zu 9%) und beim Kosovo findet sich die stärkste Priorisierung einer NATO-Mitgliedschaft, was sich im Kontext des Ukraine-Krieges weiter verstärkt. Die Befragten im Kosovo lasten anders als in den anderen Staaten der Region der EU den langsamen Fortschritt bei der Integration an und nicht etwa nationalen Institutionen (40% zu 13%). Auch sah die Mehrheit der Bevölkerung im Herbst 2021 knapp den Westen mehr verantwortlich für den Konflikt mit China und sehen Desinformation in der Pandemie doch etwas deutlicher bei westlichen Akteuren (BiEPAG 2021).

Bei den Parlamentswahlen 2021 setzte sich die aus einer Protestbewegung hervorgegangene linke Partei Vetevendosje (Selbstbestimmung), geführt von Albin Kurti, mit einer Anti-Korruptions-Plattform durch (DW 2021). Bei den darauffolgenden Lokalwahlen im Oktober 2021 setzte es aber wiederum eine deutliche Niederlage für die Partei des Premierministers, während die Mitte-Rechts-Parteien Demokratische Partei und Demokratische Liga des Kosovo Erfolge feierten (Citaku 2021). In beiden Fällen akzeptierten die jeweils anderen Parteien ihre Niederlage und internationale Beobachter befanden, dass die Wahlen frei und fair waren – bei den Parlamentswahlen gab es auch eine besonders hohe Wahlbeteiligung (NDI 2021). Fortschritte bei der EU-Integration hängen weiterhin von einem zukünftigen endgültigen Abkommen zwischen Kosovo und Serbien ab. Auf dem „Liberal Democracy Index“ des Varieties of Democracy (V-DEM) Projekts schneidet der Kosovo jedenfalls unter allen Staaten der Region am besten ab und hat sich seit 2010 sehr positiv entwickelt (V-DEM 2022).

Kosovo ist der Westbalkan-Staat mit den geringsten wirtschaftlichen Beziehungen mit China. Unter anderem gab es keine Kredite für Infrastrukturprojekte und chinesische Bautätigkeit (WIIW 2018). Auch private chinesische Investitionen, wie etwa in Albanien, findet man im Kosovo kaum (Pacolli 2021). Der Versuch des Baus eines Kohlekraftwerk scheiterte. Auch wurde das Interesse Huaweis abgewehrt und das Unternehmen vom 5G-Ausbau ausgeschlossen (Shopov 2021). Im Warengüterhandel

ist China bereits der drittgrößte Partner des Kosovo, aber praktisch ausschließlich im Import – es gibt also ein riesiges Handelsdefizit.

Beijing anerkennt Kosovos Unabhängigkeit nicht und unterhält keine diplomatischen Beziehungen. Allerdings gibt es ein Verbindungsbüro in Priština, das seine Aktivitäten schrittweise ausgeweitet hat. Für den Erhalt dieser informellen Beziehungen dürfte Kosovo implizit die Anerkennung Taiwans ausgeschlossen haben (Shopov 2021). Chinas Einfluss bleibt hier sehr begrenzt, und Priština klar euroatlantisch orientiert. Allerdings hat China potenziell indirekt negativen Einfluss auf die EU-Integration Kosovos. Beijing unterstützt die Kampagne Serbiens zur Aberkennung der Unabhängigkeit des Kosovo – wohl besonders in Afrika durchaus effektiv – und stärkt damit Belgrads Position. Serbien mag deshalb weniger bereit sein, Kompromisse zu machen, und damit wird die – für die EU-Integration wohl unerlässliche – Lösung des Serbien-Kosovo Konflikts unwahrscheinlicher (Zweers et al 2020).

6. Conclusio – Neue Systemkonkurrenz nach dem Ukraine-Krieg und ihre Auswirkungen am Westbalkan

China tritt in den Westbalkan-Staaten auf zwei Ebenen in Systemkonkurrenz mit den liberal-demokratischen Marktwirtschaften der EU. Erstens fordert China rechtsstaatliche Normen und marktwirtschaftliche Ordnungen durch intransparente Kreditvergaben und unfaire öffentliche Vergabeprozesse, sowie durch die Strahlkraft seines staatsgelenkten Modells heraus. Zweitens ermuntert China autoritäre Regime und anti-demokratische Kräfte durch das Beispiel seiner wirtschaftlichen und politischen Ordnung, preist international sein Modell an und versucht autoritäre Werte zu verbreiten, um an Prestige zu gewinnen. Während Kausalität an dieser Stelle nicht belegt werden kann, gibt es doch eine bemerkenswerte Korrelation in den regionalen Meinungsumfragen. Dort wo China und eine staatsgelenkte Wirtschaft positiver bewertet werden, finden sich niedrigere Zustimmungswerte für Demokratie und EU-Beitritt.

Dabei bringt China „zerstörerisches Kapital“ („corrosive capital“) in die Region, durch seine Kreditvergabe ohne Transparenz, Rechenschaftspflicht und Reformvorgaben. Damit untergräbt China „reformorientiertes Kapital“ aus der EU, der Reformdruck sinkt und Brüssel kann weniger leicht Konditionalitäten nutzen, um Demokratisierungsprozesse zu fördern, die Staaten der Region zu sozialisieren, und ihre EU-Integration voranzutreiben.

Gleichzeitig werden bei Chinas Infrastrukturprojekten EU-Standards zu Staatshilfen und im Umweltbereich verletzt, gerade was nicht mehr zeitgemäße Kohlekraftwerke angeht. Die regulatorische Heranführung an die EU wird erschwert, wenn etwa eine bosnische staatliche Garantie für den Kredit für das Tuzla 7 Kohlekraftwerk den EU-Energie-Acquis und die Regeln der Energy Community verletzt. Ebenso wird ein Beitritt verkompliziert, wenn etwa beim Kostolac Kraftwerk in Serbien EU Umweltstandards nicht beachtet werden.

Neben dem systemischen und wirtschaftlichen Einfluss steht auch ein neuer geopolitischer Einfluss Chinas, gerade im Zuge der Pandemie. So hat sich – wie im Verlauf des Arbeitspapiers dargestellt – die serbische Regierung explizit Beijing zu- (und zunehmend von der EU ab-)gewandt und will die Beziehungen mit China als engstem Partner, „eisernem Freund“ und „Bruder“ entwickeln, nicht nur im gesundheits-, sondern auch im sicherheitspolitischen Bereich.

Schließlich hat China quer über den Westbalkan narrativen Einfluss gewonnen. Einzig in Albanien sieht die Bevölkerung eher China als den Westen in der Verantwortung für die aktuelle Auseinandersetzung zwischen den beiden; und einzig Albanien ordnet Desinformation in der Pandemie klar China und nicht westlichen Akteuren zu. Umfrageteilnehmer:innen in Serbien sehen Chinas Hilfe in der Pandemie als erheblich bedeutender als jene der EU und in Nordmazedonien bewertet man die Hilfestellungen als gleichwertig. In Serbien vertraut man klar mehr auf chinesische Impfstoffe, in Montenegro vertraut man gleichermaßen auf chinesische und westliche Vakzine. Oft wird Chinas gesamtgesellschaftlicher Einfluss durchaus positiv gesehen. Auf dieser Grundlage kann Beijing leichter weiteren wirtschaftlichen und politischen Einfluss gewinnen und sein Modell der Staatsorganisation als vorteilhaft darstellen.

Es stellt sich auch die Frage, wie sich die Rolle und der Einfluss Chinas angesichts des Ukraine-Krieges und der nun sich offensichtlich verstärkenden globalen Systemkonkurrenz in Regionen wie dem Westbalkan verändern wird. Im Ukraine-Krieg versucht China bislang (Stand Anfang April 2022) einen schwierigen Drahtseilakt. Russland ist für China wichtig, vor allem als ein potentieller Partner, mit dem man die USA schwächen und die Welt für Diktaturen sicher machen will. So verurteilte man am Beginn des Krieges auch weder die russische Anerkennung der separatistischen Volksrepubliken von Donetsk und Luhansk noch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Damit rüttelt man an der bisherigen Unterstützung der Prinzipien der Souveränität und territorialen Integrität der Staaten sowie der Nicht-einmischung in deren innere Angelegenheiten. Andererseits will man sich die ambitionierten Wachstumsziele und langfristigen Entwicklungsperspektiven nicht durch eine neue globale Konfrontation verderben. Weiterhin braucht China die EU und die USA, zu groß ist die Abhängigkeit im Handel und beim Technologietransfer.

In den Vereinten Nationen enthielt sich China bei den Resolutionen gegen Russland im Sicherheitsrat und in der Generalversammlung im Verlauf des März 2022 der Stimme und ergriff nicht eindeutig Partei. Eine Rolle als Mediator wurde ins Spiel gebracht, auch wenn China diese nur virtuell zu „performen“ scheint. Gleichzeitig sind uns allen noch die Szenen des Treffens von Putin und Xi anlässlich der Olympischen Spiele in Peking vor Augen, als die Autokraten in einer gemeinsamen Erklärung ihre Freundschaft „ohne Limits“ feierten und sich klar gegen die NATO und den Westen positionierten.

Chinas diplomatisches Verhalten insgesamt zeigt aber eine klare Nähe zu Russland. So weigerte sich Xi Jinping in seinem Telefonat mit Joe Biden am 18. März 2022, Russland direkt zu kritisieren. Gleichzeitig war er sehr wohl bereit, die Sanktionen des Westens zu verdammen und der NATO die Verantwortung für den Krieg zuzuschieben. Bereits am 16. März 2022 urteilte der Internationale Gerichtshof in Den Haag, dass Russland seinen Angriff einzustellen habe – 13 Stimmen zu zwei, allein die Richter Russlands und Chinas stimmten dagegen. China wird Putin wohl weiter dulden und seinen Anteil dazu beitragen, die westlichen Sanktionen gegen Russland abzufedern. Insgesamt befördert Chinas Haltung damit eine neue Stufe der globalen Systemkonkurrenz zwischen Demokratie und Autokratie, in der freundliche autokratische Regime notfalls mit Gewalt eingesetzt werden.

Eine wesentliche Frage ist vor diesem Hintergrund auch, was dieser neue globale Konkurrenzkampf für die semi-peripheren Regionen Europas bedeutet, in denen die Autokratisierung in den letzten Jahren besonders stark war, wie zum Beispiel auf dem Westbalkan. Am Westbalkan sehen wir noch die bisherige vorsichtigeren Form der Systemkonkurrenz. China inspiriert durch den Erfolg seines Modells, gewinnt Einfluss durch Kreditvergabe, Investitionen und Medizingüterlieferungen und stärkt die zunehmend autoritären Führungen in Serbien und der Republika Srpska diplomatisch. Auch hier handelt China oft parallel zu Russland. Serbien etwa ist empfänglich, spielt ein Doppelspiel zwischen dem Westen, Russland und China. Auch weigerte sich Serbien in der ersten Phase des Krieges in der Ukraine und vor den Wahlen in Serbien am 3. April 2022, Sanktionen gegen Russland einzuführen. Zugleich gibt es bereits Anzeichen in Serbien, dass man sich verstärkt China zuwenden möchte. Die Forschung für dieses Arbeitspapier legt eines klar nahe: Sollte die milder ausgeprägte Systemkonkurrenz nicht den gewünschten Erfolg für Russland und China bringen, ist zu befürchten, dass man durchaus auch den nächsten Schritt aus Beijing erwarten kann. Ein deutlich offensiveres Vorgehen am Westbalkan, auch in politischer Hinsicht, etwa in der Förderung des Separatismus der Republika Srpska, ist nicht auszuschließen.

7. Literaturverzeichnis

Adarov A., Grübler J. und Holzner M. (2018). *What does China's Belt and Road Initiative mean for CE-SEE, and should the EU respond?* WIIW Forecast Report Autumn 2018. <https://wiiw.ac.at/what-does-china-s-belt-and-road-initiative-mean-for-cesee-and-how-should-the-eu-respond--dlp-4657.pdf>

Akbulut, H., Dzihic, V., Günay C. (2018) Verliert der Westen an Einfluss? Verschiebungen der Mächteverhältnisse auf dem Westbalkan, in der Türkei und der MENA Region, OIIP, <https://www.oiiip.ac.at/cms/media/arbeitspapier-100-verliert-der-westen-an-einfluss.pdf>

Ajeti F. (2020, Oktober 6). *Der Westbalkan in der Arena geostrategischer Interessen von Russland und China*. OIIP. <https://www.oiiip.ac.at/publikation/der-westbalkan-in-der-arena-geostrategischer-interessen-von-russland-und-china/>.

Ajeti F. (2021, Februar 21). *Menschenrechte nach Pekinger Art – wie China mit seinem «alternativen Weg» der halben Welt auf der Nase herumtanzt*. NZZ. <https://www.nzz.ch/meinung/menschenrechte-nachpekinger-art-chinas-alternative-ideen-ld.1600970?reduced=true>.

Antonov A. and Qin G. (2021, November 16). *Russian and Chinese Ambassadors: Respecting People's Democratic Rights*. National Interest. <https://nationalinterest.org/feature/russian-and-chinese-ambassadors-respecting-people%E2%80%99s-democratic-rights-197165>.

Balkan Insight. (2021, Januar 10). *Banned Bosnian Serb Celebration Recalls Memories of Start of War*. <https://balkaninsight.com/2022/01/10/banned-bosnian-serb-celebration-recalls-memories-of-start-of-war/>.

Belgrade Centre for Security Policy. (2020, November). *Mnoga lica srpske spoljne politike. Javno mnjenje I geopolitičko balansiranje*. <https://bezbednost.org/publikacija/mnoga-lica-srpske-spoljne-politike-javno-mnjenje-i-geopoliticko-balansiranje/>.

Blic.rs. (2020, März 16). *Kineska televizija prenela Vučićev govor i molbu za pomoć upućenu Si Đinpingu*. <https://www.blic.rs/vesti/politika/kineska-televizija-prenela-Vučičev-govor-i-molbu-za-pomoc-upucenu-sidjinpingu/hpwlfit>.

CAPA Centre for Aviation. (2021, Februar 24). *Albanian company takes on the concession for Tirana Rinas Airport*. <https://centreforaviation.com/analysis/reports/albanian-company-takes-on-the-concession-for-tirana-rinas-airport-548563>.

Ceka B. (2018). *Macedonia: A New Beginning?* Journal of Democracy 29:2, 143-157.

China Daily. (2021, Mai 7). *North Macedonia's PM receives first shot of Chinese-made COVID-19 vaccine*. <http://global.chinadaily.com.cn/a/202105/07/WS60950615a31024ad0babc8e8.html>.

Citaku M. (2021, November 14). *Local elections in Kosovo – Setback for Albin Kurti's party*. Friedrich Naumann Foundation. <https://www.freiheit.org/western-balkans/local-elections-kosovo>.

CSIS. (2021, Dezember 16). *Experts React: The 2021 Summit for Democracy*. <https://www.csis.org/analysis/experts-react-2021-summit-democracy>.

- Cui C. (2021, Dezember 16). *International Forum on Democracy closes in Beijing*. China.org.cn. http://www.china.org.cn/china/2021-12/16/content_77934767.htm.
- Deutsche Welle (DW). (2020, Oktober 8). *China furious with global outcry over Xinjiang and Hong Kong*. <https://www.dw.com/en/china-angry-with-outcry-over-xinjiang-hong-kong/a-55200999>.
- Deutsche Welle (DW). (2021, Februar 14). *Kosovo leftist Kurti declares victory after election*. <https://www.dw.com/en/kosovo-leftist-kurti-declares-victory-after-election/a-56563753>.
- Development Research Center of the State Council (DRC) (2020, März 11). *The International Power Game in the Balkans and China's Growing Influence in the Region* [Chinesisch]. <http://www.eas-dri.org.cn/newsinfo/518454.html?templated=1133604>.
- Doehler A. (2019, September 23). *The Pernicious Effects of China's Belt and Road Initiative on Western Balkan-EU Integration*. CEPA. <https://cepa.org/from-opportunity-to-threat/>.
- EPRS (2019, Mai). *Serbia at risk of authoritarianism?* [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2019/637944/EPRS_BRI\(2019\)637944_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2019/637944/EPRS_BRI(2019)637944_EN.pdf).
- Europäische Kommission. (2020, März 25). *Commission welcomes the green light to opening of accession talks with Albania and North Macedonia*. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_519.
- Freedom House (FH). (2021a). *Nations in Transit 2021 – Montenegro*. <https://freedomhouse.org/country/montenegro/nations-transit/2021>.
- Freedom House (FH). (2021b). *Nations in Transit 2021 – North Macedonia*. <https://freedomhouse.org/country/north-macedonia/nations-transit/2021>.
- Freedom House (FH). (2021c). *Nations in Transit 2021 – Albania*. <https://freedomhouse.org/country/albania/nations-transit/2021>.
- Geo-Jade Petroleum Corporation (2017, April 24). *Chinese Investments Importance – Bankers Petroleum, Most Important Chinese Inv.* <http://www.geojade.com/html/en/Information/Company/627.html>.
- Hála M. (2020, März). *A New Invisible Hand - Authoritarian Corrosive Capital and the Repurposing of Democracy*. NED. https://www.ned.org/wp-content/uploads/2020/03/New-Invisible-Hand-Authoritarian-Corrosive-Capital-Repurposing-Democracy-Hala.pdf?utm_source=forumlanding-page&utm_medium=site&utm_campaign=corrosive-capital.
- Hartwell L. und Vladisavljev S. (2020, Dezember 22). *Serbia's Delicate Dance with the EU and China*. Just Security. <https://www.justsecurity.org/73885/serbias-delicate-dance-with-the-eu-and-china/>.
- Ipsos Public Affairs (2021). *Public Opinion Poll in Western Balkans*. Final report, September 2021 for European Fund for the Balkans and BiEPAG.
- Jureković P. (2021). *Serbia – China's Preferred Partner in the Western Balkans*. In: Frank / Vogel (Hrsg.) (2021). *China's Footprint in Strategic Spaces of the European Union. New Challenges for a Multi-dimensional EU-China Strategy*. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie No. 11/2021, 131-146.

Kurir.rs. (2020, März 21). *HVALA KINI I MOM BRATU SI ĐIPINGU! Vučić dočeka ČELIČNE PRIJATELJE! Imao poruku za kineske lekare! KURIR TV UŽIVO*. <https://www.kurir.rs/vesti/drustvo/3432173/pri-jateljidelaze-u-pomoc-srbiji-protiv-korone-pratite-dolazak-kineskih-strucnjaka-i-opreme-uzivo>.

Liu Zuokui. (2019). *Current Situation and Impact of Chinese Investment in the Balkans under the Belt and Road Initiative – A case study based on field research* [Chinesisch]. Ouya Jingji 3, 42-57.

Makocki M. und Nechev Z. (2017, Juli 18). *Balkan corruption: the China connection*. EUISS.

<https://www.iss.europa.eu/content/balkan-corruption-china-connection>.

Makocki M. (2017, Oktober 25). *China in the Balkans: the Battle for Principles*. Clingendael.

<https://spectator.clingendael.org/en/publication/china-balkans-battle-principles>.

Agon Maliqi et al (2020) *Transition to What? Western Balkan democracies in a state of illiberal equilibrium*, Prishtina. <https://sbunker.net/teh/90726/transition-to-what-western-balkans-democracies-in-a-state-of-illiberal-equilibrium/>

Mardell J. (2021a). *China's Economic Footprint in the Western Balkans*. Bertelsmann Stiftung – Asia Policy Brief. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/en/our-projects/germany-and-asia/news/asia-policy-brief-chinas-economic-footprint-in-the-western-balkans>.

Mardell J. (2021b, März 18). *Beijing fills gaps left by Brussels in the Western Balkans*. MERICS.

<https://merics.org/en/short-analysis/beijing-fills-gaps-left-brussels-western-balkan>.

Markovic Khaze N und Wang X. (2021). *Is China's rising influence in the Western Balkans a threat to European integration?* Journal of Contemporary European Studies 29:2, 234-250.

Marović J. (2021, Februar 1). *What to expect from the new government in Montenegro: cosmetic or real change?* European Western Balkans. <https://europeanwesternbalkans.com/2021/02/01/what-to-expect-from-the-new-government-in-montenegro-cosmetic-or-real-change/>.

Morrell J et al. (2018, September). *Channeling the Tide: Protecting Democracies Amid a Flood of Corrosive Capital*. CIPE. <https://www.cipe.org/resources/channeling-the-tideprotecting-democracies-amid-a-flood-of-corrosive-capital/>.

Musabelliu M. (2018). *The Balkan Geopolitical Divide Influencing Trade and Investment: Convergence and Divergence within the Beijing-Brussels Dilemma—an Albanian Perspective*. In: "16+1" Cooperation and Chinese Investments in CEEC, 201–221.

Nathan A. (2015). *The Authoritarian Resurgence – China's Challenge*. Journal of Democracy 26:1, 156-170.

NDI. (2021). *Post-Election Analysis of February 14, 2021 Parliamentary Elections*.

https://www.ndi.org/sites/default/files/NDI%20Kosovo%20Post-Election%20Analysis%20Parliamentary%20Elections%202021_0.pdf.

Pacolli A. (2021, Juli 7). *Investing in the Balkans, China Sidesteps Kosovo*. Balkan Insight. <https://balkaninsight.com/2021/07/07/investing-in-the-balkans-china-sidesteps-kosovo/>.

Petritsch, W., Freund, P. (2018) "External actors and European integration in the Western Balkans," Focus on European Economic Integration, Oesterreichische Nationalbank (Austrian Central Bank), issue Q3-18, pages 57-67.

Politico. (2021, Januar 5). *US slaps sanctions on Bosnian Serb leader Milorad Dodik*. <https://www.politico.eu/article/us-sanctions-bosnian-serb-leader-milorad-dodik/>.

Reuters. (2018, Juli 16). *Chinese 'highway to nowhere' haunts Montenegro*. <https://www.reuters.com/article/us-china-silkroad-europe-montenegro-insi-idUSKBN1K60QX>.

Reuters. (2021a, Dezember 9). *Renewing democracy is 'defining challenge of our time,' Biden tells summit*. <https://www.reuters.com/world/us/biden-summit-democracy-rally-nations-against-rising-authoritarianism-2021-12-09/>.

Reuters. (2021b, März 25). *Albania gets 192,000 doses of Chinese Sinovac vaccine*. <https://www.reuters.com/article/us-health-coronavirus-albania-vaccines-idUSKBN2BH2N9>.

Radio Free Europe / Radio Liberty (RFERL). (2021, März 28). *Kosovo PM Becomes Nation's First Person To Receive COVID-19 Vaccine*. <https://www.rferl.org/a/kosovo-covid-vaccines-immunization-last-europe-astrazeneca-covax/31174048.html>.

RFI. (2020, Juni 26). *Serbia plays China card against European Union*. <https://www.rfi.fr/en/international/20200626-serbia-plays-china-card-against-european-union>.

Shopov V. (2021, Februar 2). *Decade of patience: How China became a power in the Western Balkans*. ECFR. <https://ecfr.eu/publication/decade-of-patience-how-china-became-a-power-in-the-western-balkans/>.

Sošić M. (2021, April 14). *Montenegro's Road Ahead: Infrastructure Between EU and China*. Clingendael. <https://spectator.clingendael.org/en/publication/montenegros-road-ahead-infrastructure-between-eu-and-china>.

State Council. (2021, Dezember 4). *Full Text: China: Democracy That Works*. Xinhua. http://www.news.cn/english/2021-12/04/c_1310351231.htm.

Tian Xu. (2018). *West Balkans: How to Coordinate the Belt and Road Initiative with the EU's Enlargement Plan* [Chinesisch]. Guoji Jingji Pinglun 5, 78-90.

Tonchev P. (2020). *China's Soft Power in Southeast Europe*. Friedrich Ebert Stiftung. <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/sarajevo/16005.pdf>.

V-DEM. (2021). *Autocratization Turns Viral – Democracy Report 2021*. https://www.v-dem.net/static/website/files/dr/dr_2021.pdf.

V-Dem. (2022). *Autocratization Changing Nature – Democracy Report 2022*. https://v-dem.net/media/publications/dr_2022.pdf

Vuksanovic V. (2020, April 30). *China and "Mask Diplomacy" in the Balkans*. ISPI. <https://www.ispionline.it/en/pubblicazione/china-and-mask-diplomacy-balkans-25898>.

Xiao Yang. (2015). *China-Europe Land-Sea Express and the Balkan Pivot of the Belt and Road Logistics Network*. Contemporary International Relations 25:5, 28-46.

Xinhua. (2020, März 4). *Montenegro receives 1st batch of donated COVID-19 vaccines from China*. http://www.xinhuanet.com/english/2021-03/04/c_139782694.htm.

Yuan Haochang. (2019). *Problems facing China's investment in Serbia and the path towards improvement in the context of the Belt and Road Initiative* [Chinesisch]. Duiwai Jingmao Shiwu, 53-56.

Zeneli V. (2020, Februar 24). *The Western Balkans: Low Hanging Fruit for China?* The Diplomat. <https://thediplomat.com/2020/02/the-western-balkans-low-hanging-fruit-for-china/>.

Zuo Ya. (2016). *Review of the Colloquium 'Montenegro and Balkan Development'* [Chinesisch]. Eluosi Zhongya Dongou Yanjiu 4, 154-155.

Zweers W et al. (2020, August). *China and the EU in the Western Balkans. A zero-sum game?* Clingendael Report. <https://www.clingendael.org/publication/china-and-eu-western-balkans>.